

Delegierte nahmen Berichte zur Kenntnis und entschieden unter anderem über sozialpolitische und Satzungsfragen

In über 200 Anträgen den Kurs bestimmt

Während der dreitägigen 21. Bundesverbandstagung wählten die rund 200 Delegierten nicht nur den Bundesvorstand. Sie nahmen zahlreiche Berichte zur Kenntnis und behandelten insgesamt über 200 Anträge zu satzungs-, organisations-, finanz- und sozialpolitischen Fragen. Zudem verabschiedeten sie die Resolution „Privatisierung stoppen – Sozialstaat stärken“ sowie das Sozialpolitische Programm für die nächsten vier Jahre. Als Tagungspräsident fungierte Präsidiumsmitglied Ernst-Bernhard Jaensch.

Am ersten der drei Sitzungstage wurden die schriftlich vorliegenden Berichte über die zurückliegenden vier Jahre in Auszügen zur weiterführenden Information der Delegierten mündlich vorgetragen. Es berichteten SoVD-Präsident Adolf Bauer, Bundesschatzmeister Bruno Hartwig, der Sprecher der Revisoren, Reinhard Meyer, die Sprecherin der Frauen, Edda Schliepack, sowie Bundesjugendvorsitzender Sebastian Freese.

Aus dem Hauptamt berichteten Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke und der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverband, Fabian Müller-Zetzsche.



Bruno Hartwig
Bundesschatzmeister
und Präsidiumsmitglied

Tagungspräsident Ernst-Bernhard Jaensch, Bundesvorstandsmitglied Helmut Etkorn und die Leiterin der Bundesrechtsabteilung, Anne Reche-Emden, stellten die Anträge zu Satzungs- und Organisationsfragen vor, über die das Plenum entschied.

Zu den Arbeitsaufträgen für die kommenden vier Jahre gehören vor allem Anträge zur Zukunftsorientierung der Verbandsstrukturen.



Stephanie Rinke
Bundesgeschäftsführerin

Bruno Hartwig stellte die finanzpolitischen Anträge vor. Hier sind insbesondere die Anforderungen der Finanzämter zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit zu nennen. Insgesamt wurden 46 Satzungsanträge, 8 Organisationsanträge und 6 Anträge zu Finanzfragen behandelt.

Karl-Dieter Voß, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses sowie der Antragskommission für sozialpolitische Fragen, präsentierte gemeinsam mit Fabian Müller-Zetzsche das Sozialpolitische Programm und die entsprechenden Anträge.



Fabian Müller-Zetzsche
Leiter der Abteilung
Sozialpolitik

Edda Schliepack und Sebastian Freese stellten die frauen- und jugendpolitischen Anträge vor.

Die Delegierten entschieden über 142 politische Anträge – 123 aus dem Bereich Sozialpolitik inklusive der Jugend; 19 Anträge betrafen die Frauenarbeit im Verband. 120 Anträge wurden angenommen, 22 Anträge abgelehnt mit der Maßgabe, sie als Material weiter zu behandeln. Auch sie werden somit erneut in den Gremien diskutiert werden.



Sebastian Freese
Bundesjugendvorsitzender

Viele Anträge knüpften an bereits bestehende Beschlusslagen des SoVD an und konkretisierten diese. Dies betrifft etwa die Sicherstellung bezahlbaren, barrierefreien Wohnens, die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit inklusive einer entsprechenden Steuerreform, die Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe, die umfassende Unterstützung psychisch erkrankter Menschen, die Einführung einer Pflegevollversicherung und die Stärkung der Arbeitslosenversicherung.

Im Bereich des wichtigen Themenfeldes Inklusion sollen die Barrierefreiheit in allen Le-



alle Fotos: Wolfgang Borrs

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer legte einen Bericht über die vergangenen vier Amtsjahre ab.

bensbereichen vorangebracht werden mit entsprechenden Angeboten auch im Sport und bei Spielplätzen und vielem mehr sowie die Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen verbessert werden durch eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe und der Beschäftigungspflichtquote. Kernthema bleibt zudem auch die Bekämpfung von Altersarmut.

In einigen Bereichen wurde die Beschlusslage deutlich erweitert, so zum Beispiel bei Forderungen nach der Schaffung einer Kindergrundsicherung, der Einführung eines Mindest-



Ernst-Bernhard Jaensch
Präsidiumsmitglied und
Tagungspräsident

lohnes in Werkstätten und der Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.

Mit den Anträgen beschlossen die Delegierten zudem die Resolution „Privatisierung stoppen – Sozialstaat stärken“ sowie die drei politischen Programme der Sozialpolitik, der Frauenpolitik und der Jugendpolitik.

Die Berichte des SoVD-Präsidenten und der Bundesgeschäftsführung sowie der sozialpolitische Bericht, die sozialpolitischen Programme, die Resolution und die Antragsbücher sollen veröffentlicht werden, damit interessierte Mitglieder sie einsehen können. veo



Edda Schliepack
ehemalige
Bundesfrauensprecherin

Info zur Beitragsordnung

Bereits die **BVT 2015** hatte den Grundsatzbeschluss zu einer dynamisierten Beitragsanpassung auf der Basis des Bruttorentenanstieges zu Beginn des auf die Bundesverbandstagung folgenden Jahres beschlossen (vergleiche auch Nr. 2 Abs. 2 Beitragsordnung).

Entsprechend diesem Beschluss ist nun auf der **BVT 2019** die Beitragserhöhung zur Beschlussfassung wie folgt umgesetzt worden:

Einzelbeitrag:

- monatlich 6,90 Euro
- pro Kalenderjahr 82,80 Euro

Partnerbeitrag:

- monatlich 10,40 Euro
- pro Kalenderjahr 124,80 Euro

Familienbeitrag:

- monatlich 11,50 Euro
- pro Kalenderjahr 138,00 Euro.

Die Beitragsordnung ist entsprechend angepasst worden.

Die Landesverbände und ihre Gliederungen erhalten wie bisher 84 Prozent der Beiträge zur Erfüllung der satzungsgemäßen

Aufgaben. Die moderate, kontinuierliche Anpassung kann und muss dazu dienen, die angebotenen Leistungen des SoVD auch künftig sicherzustellen. Sie dient der Stabilisierung und Zukunftsausrichtung des Gesamtverbandes.

Außerdem gewährleistet sie, dass der SoVD auch weiterhin politisch und finanziell unabhängig agieren kann und dabei allein seinen Mitgliedern und Sachargumenten verpflichtet ist.



Zu Beginn der Plenarsitzung war Stefanie Drese (SPD), Sozialministerin des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, anwesend und sprach ein Grußwort.